



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 23. Mai 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

P 723 Postulat Huser Barmettler Claudia namens der GLP-Fraktion über die Einberufung eines runden Tisches an der Konferenz der Kantone für eine zukunftsfähige Zusammenarbeit mit der Europäischen Union / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Claudia Huser hält an ihrem Postulat fest.

Gian Waldvogel beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Claudia Huser: Würden Sie einem Partner, dem Sie mehr als die Hälfte Ihres Handelsvolumens verdanken, einfach die Tür vor der Nase zuschlagen? Würden Sie, wenn Sie mit diesem Partner über die zukünftige Zusammenarbeit verhandeln, einfach plötzlich vom Verhandlungstisch aufstehen und davonlaufen? Vermutlich nicht, aber genau das ist passiert. In drei Tagen vor einem Jahr hat der Bundesrat den Verhandlungstisch mit der EU einfach verlassen. Der Scherbenhaufen ist gross, da nützen auch Kohäsionsmilliarden nichts. Damit Sie den Umfang sehen: Sowohl für den Kanton Luzern als auch für die Zentralschweiz und die gesamte Schweiz sind die europäischen Märkte die bedeutendsten. 55 Prozent der Schweizer Exporte, 63 Prozent der Zentralschweizer Exporte und 67 Prozent der Luzerner Exporte fließen in die EU. Das sage nicht ich, das sagt Lustat. Mit über 74 Prozent der Importe und auch bei den Exporten ist Europa die wichtigste Destination für alle drei Raumeinheiten. Die Anteile in der Zentralschweiz mit 56,9 Prozent sind sogar noch höher als in der Gesamtschweiz mit 54,4 Prozent. Jetzt meint die Regierung, dass sie nicht einmal die teilweise Erheblicherklärung des Vorstosses beantragen sollte. Ich habe gedacht, die Wirtschaft sei eine der wichtigsten und zentralsten Zielgruppen der Regierung. Die neu konstituierte Europakommission ist toll. Meine Frage an Regierungsrat Paul Winiker: Ist Luzern respektive sind Sie als unser Justiz- und Sicherheitsdirektor eines der Mitglieder? Das habe ich aus den Informationen, die ich öffentlich einsehen konnte, nicht herausfinden können. Ich hoffe es aber schwer, denn für Luzern ist der Import und der Export in und aus der EU noch wichtiger als für die Gesamtschweiz. In seiner Stellungnahme anerkennt der Regierungsrat, dass «[...] tragfähige Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU nicht nur für die beiden direkt betroffenen Partner, sondern auch für die Kantone von zentraler Bedeutung [...]» sind. Leider sagt er nachher, man habe die Europakommission, und es sei alles in Ordnung und könne so weiterlaufen. Unser Bundesrat hat leider keinen Plan B, oder zumindest wissen wir bis heute noch nichts davon. Die Reaktion von Bern ist, dass das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) prüfen lässt, welche Gesetze wir jetzt einseitig an die EU-Regeln anpassen können. Wissen Sie, was das bedeutet? Wir übernehmen künftig EU-Gesetze, ohne einen verhandlungstaktischen Gegennutzen zu haben. Ein deutlicheres Zeugnis für den Verlust unserer Souveränität kann ich mir nicht vorstellen. Dass sich unsere Regierung jetzt auch passiv verhält, ist für mich befremdend, zumal sie gesagt hat, dass die EU für uns wichtig sei. Man kann fragen, was sich ändert,

wenn mein Vorstoss überwiesen wird. Es ist ein klares Zeichen an unsere Luzerner Wirtschaft und nach Bern, aber auch an die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK). Dort soll man nicht nur verhandeln, man soll dem Thema Gewicht geben. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie für unsere Wirtschaft aktiv werden und nicht einfach nur abwarten und sagen, es sei alles in Ordnung. Ich bitte Sie sehr, die Erheblicherklärung zu unterstützen, mindestens aber die teilweise Erheblicherklärung für unseren Kanton Luzern und für die Beziehungen mit der EU.

Gian Waldvogel: Vielen Dank für das Votum und den Vorstoss von Claudia Huser. Sie fordert berechtigterweise eine aktive Zusammenarbeit der Luzerner Regierung und eine Strategie, die mir in der Antwort komplett fehlt. Die G/JG-Fraktion anerkennt, dass es den Europadialog bereits gibt. Dieser ist schön und gut, aber er ist aus unserer Sicht nicht ausreichend. Ich finde, der Kanton Luzern und unsere Regierung sollten eine Haltung haben zur Zusammenarbeit mit der EU und zur Zukunft der Schweiz innerhalb von Europa. Gerade die massiven geopolitischen Verwerfungen verdeutlichen, wie wichtig Kooperation und internationale Solidarität sind. Wir brauchen eine eigene europapolitische Haltung. Wir stehen vor einem Scherbenhaufen. Es gibt ganz viele Dossiers, die für den Kanton Luzern wichtig sind. Ergänzend zur Aussenwirtschaft, bei der zwei Drittel der Luzerner Exporte in den EU-Raum gehen, geht es zum Beispiel auch um unseren Hochschulstandort Luzern. Wie geht es mit dem EU-Forschungsrahmenabkommen weiter? Auch hier erwartet die Luzerner Bevölkerung doch sicher eine Haltung und eine Antwort unserer Regierung. Wie geht es mit den flankierenden Massnahmen weiter? Das betrifft ebenfalls alle Luzernerinnen und Luzerner. Angesichts der engen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vernetzungen, der klimapolitischen Herausforderungen sowie der gegenwärtigen Angriffe auf die Demokratie, das Völkerrecht und den Frieden in Europa ist klar, dass die Beziehungen zu unseren wichtigsten Partnern stabilisiert und vertieft werden müssen. Vermeintlich souveränes Abseitsstehen reicht nicht mehr. Die Grünen und Jungen Grünen werden auf jeden Fall nicht passiv zuschauen und planen mit der Operation Libero zusammen aktuell eine Volksinitiative für die Zukunft der Schweiz in Europa. Auch die Luzerner Regierung muss aktiv werden und mit einer eigenen Haltung agieren. Diese ist leider nicht spürbar. Der runde Tisch besteht, das ist zu begrüßen. In diesem Sinn fordert die G/JG-Fraktion eine teilweise Erheblicherklärung. Eine Ablehnung wäre ein völlig falsches Zeichen, die Luzerner Regierung steht in der Verantwortung. Ich danke für die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Ludwig Peyer: Die Mitte-Fraktion folgt der Argumentation des Regierungsrates und lehnt das Postulat wegen Erfüllung ab. Zum einen besteht bereits ein solches Gremium zwischen Bund und Kantonen, welches dieses wichtige Thema behandelt. Zum anderen ist Aussenpolitik Sache der Exekutive des Bundes. Der Regierungsrat ist dort bereits eingebunden. Schliesslich würde ein runder Tisch allenfalls dann Sinn machen, wenn das Vertrauen unter den Akteuren gestört wäre, so wie wir das im Fall des Spitals Wolhusen diskutiert haben. Hier liegt aber meines Erachtens durchaus eine normale politische Lage vor. Die politischen Akteure von Bund und Kantonen ringen um eine aussenpolitische Strategie der Schweiz gegenüber der EU. Das gegenseitige Vertrauen ist vorhanden, die Institutionen arbeiten, wir haben höchstens unterschiedliche politische Ansichten, das gehört aber zum Ringen um politische Mehrheiten. Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat aus den genannten Gründen ab.

Irene Keller: Als ich das Postulat von Claudia Huser las, habe ich mich gefragt, was ich eigentlich über den Austausch zwischen den Kantonen und dem Bund zum Thema Europapolitik weiss. Ich musste mir eingestehen, dass es herzlich wenig ist. Die automatische Frage danach war, ob das mein Fehler ist und ob ich mehr wissen könnte. Es ist klar, dass die Europapolitik der Schweiz für die Kantone in vielen Bereichen wichtig ist, wir haben es bereits gehört: Steuerwesen, Bildung, Horizon, Polizei, Personenfreizügigkeit, Energie, Wirtschaft usw. Daher ist es auch aus unserer Sicht essenziell, dass die Kantone auch in der Europapolitik mitdiskutieren und mitreden. Die Stellungnahme des Regierungsrates zum Postulat zeigt auf, dass es in der KdK seit 2012 das Gremium

«Europadialog» gibt. Wir können lesen, wer an wichtigen Vertretungen dabei ist und auch, dass Regierungsrat Paul Winiker seit 2020 im leitenden Ausschuss ist. Es wird aufgezeigt, dass das Gremium nach dem Abbruch der Verhandlungen neu konstituiert wurde und 2022 sechs Gespräche stattfinden. Die Aussenpolitik ist grundsätzlich Sache des Bundes, doch die Mitwirkung der Kantone muss über Stellungnahmen und Austausch möglich sein. Mit dem Gremium Europadialog wird dieser Forderung nachgekommen, darum könnte man eigentlich sagen, die Einschätzung des Regierungsrates zur Ablehnung wegen Erfüllung sei richtig. Um nun aber auf meine Ausgangsfrage zurückzukommen, ob die Information über diesen Austausch zwischen Bund und KdK eine Hol- oder eine Bringschuld ist, könnte man sich fragen, ob es nicht seitens der Regierung wichtig wäre, über Stellungnahmen, welche die KdK und das Gremium Europadialog machen, vermehrt und besser zu informieren. Die FDP-Fraktion hat sich eigentlich für die Ablehnung des Postulats wegen Erfüllung entschieden, ich kann aber auch nachvollziehen, wenn man im Sinn der besseren Information die teilweise Erheblicherklärung unterstützt.

Markus Schumacher: Mit dem Postulat rennt Claudia Huser wieder einmal offene Türen ein. Das geforderte Gefäss existiert bereits. Seit 2012 gibt es permanent einen Europadialog. Der Informationsaustausch findet immer dann statt, wenn es um Europafragen geht. Die Delegation des Bundes wird angeführt von den Vorsteherinnen und Vorstehern der Eidgenössischen Departemente für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), begleitet von der zuständigen Staatssekretärin, derzeit Livia Leu. Die kantonale Delegation steht unter der Leitung der Präsidentin oder des Präsidenten der KdK, begleitet von einer Delegation des Leitenden Ausschusses der KdK. Darin hat seit Sommer 2020 auch Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker Einsitz. Er hat ebenfalls bereits an einem Europadialog teilgenommen. 2022 sind sechs Gespräche geplant. Leider setzt sich aber der runde Tisch auch nicht immer im Sinn des SVP-Gedankenguts ein. So hat sich das Gremium gegen das Rahmenabkommen ausgesprochen, aber der Bundesrat war derjenige, der das Rahmenabkommen gecancelt hat. Frust ist nicht immer ein guter Ratgeber, und vielleicht liess sich Claudia Huser bei der Einreichung des Postulats ein wenig von Emotionen leiten. Wenn aber sie und Gian Waldvogel mit der Europapolitik der Schweiz unzufrieden sind, müssen sie sich in den Nationalrat wählen lassen. Dort können sie das Thema beeinflussen. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig wegen Erfüllung ab.

Anja Meier: Abwarten, aussitzen und immer wieder probieren, die eigene Verhandlungsposition zu klären. Die Schweizer Europapolitik ist mit dem sang- und klanglosen Abbruch der Verhandlungen rund um das Rahmenabkommen EU-Schweiz durch den Bundesrat ohne Plan B in eine Sackgasse geraten. Die negativen Auswirkungen machen sich in vielen Bereichen bemerkbar, auch für die Kantone. Zentralschweizer Bildungs- und Forschungsinstitutionen haben keinen Zugang mehr zu europäischen Fördergeldern. Der Zugang von Unternehmen aus diversen Branchen zum Binnenmarkt, insbesondere in der Medizinaltechnik, hat sich drastisch verschlechtert. Tragfähige Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sind auch für die Kantone zentral. Viele europapolitische Dossiers betreffen unsere Kompetenzbereiche wie das Steuerwesen, die polizeiliche Zusammenarbeit, die Personenfreizügigkeit, die Bildung, die Energie und den Strom. Der Zugang zum EU-Binnenmarkt ist insbesondere auch für die Luzerner Maschinen- und Metallindustrie und für die Landwirtschaft wichtig. Man kann die entstandenen finanziellen Verluste infolge des Abbruchs der Verhandlungen über das Rahmenabkommen sehr konkret beziffern. Der Bundesrat hat bisher nicht eine Alternative bekannt gegeben, wie es weitergehen soll. Laut der Bundesverfassung wirken die Kantone an den Vorbereitungen der aussenpolitischen Entscheide mit, welche ihre wesentlichen Interessen betreffen. Darum gehe ich mit Claudia Huser insofern einig, dass die Kantone ihre Interessen gegenüber dem Bund deutlicher und aktiver kundtun müssen. Auch wenn Aussenpolitik primär Bundessache ist, erachten wir die Situation als zu wichtig, um das Postulat einfach so sang- und klanglos wegen Erfüllung abzulehnen. Jetzt müssen die Kantone – und darunter auch Luzern als führender Wirtschafts- und Bildungsstandort in der Zentralschweiz – Verantwortung übernehmen. Es geht darum, die Souveränität zurückzugewinnen, was oftmals das Mantra

der Bürgerlichen ist. Souveränität heisst, am Entscheidungstisch zu sitzen, mitzureden, mitzubestimmen und nicht einfach regelmässig neue Gesetze aus Brüssel zu übernehmen, wie es der Kantonsrat gerade mit der Revision des Kantonalen Datenschutzgesetzes gemacht hat. Souveränität ist etwas anderes. Gleichzeitig stellt sich auch die Frage des besten Instruments. Aus den Ausführungen der Regierung wird ersichtlich, dass mit dem Europadialog und der Europakommission bereits Gefässe bestehen, die einem runden Tisch zu diesem Thema ähneln. Ein zusätzliches Gefäss ist nicht zwingend sinnvoll, aber die bestehenden institutionalisierten Gefässe müssen aktiver genutzt werden, um durch die Initiierung des Austauschs und Dialogs die Interessen der Kantone effektiv einbringen zu können und auch, um auf eine tragfähige Beziehung mit der EU hinzuwirken. Es geht auch um einen besseren Informationsfluss. Im Sinn dieser Ausführungen unterstützt die SP-Fraktion die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Wenn es diesen Dialog nicht schon gäbe, würde ich sagen, die Postulantin habe eine ausgezeichnete Idee. Es ist aber tatsächlich so, dass in der KdK die Europapolitik eines der wichtigsten Themen ist. Dies nicht nur in der Jahreskonferenz, wo immer auch Bundesrätinnen und Bundesräte vertraulich informieren, wie der Stand der Dinge ist, sondern auch im leitenden Ausschuss. Wir wurden letzte Woche informiert, wie die Gespräche der verschiedenen Arbeitsgruppen weitergehen. Der Generalsekretär der KdK hat in gewissen Arbeitsgruppen des Bundes Einsitzrecht, um Transparenz zu schaffen. Die Kantone haben ein äusserst grosses Interesse und vertreten dieses gegenüber dem Bund gut. Alle Kantone brauchen ein geregeltes Verhältnis zu Europa. Eine kurze Rückblende: Die Kantone haben sich zum damals vorliegenden Vorschlag geäussert und drei Kritikpunkte angebracht, die der Bund zur Kenntnis genommen hat. Hingegen hat der Bund einen Entscheid gefällt, den er nicht mit den Kantonen abgestimmt hat, nämlich den Abbruch der Gespräche. Die Kantone wollten eher, dass der Dialog weitergeführt wird. Aber die drei Knackpunkte, die von den Kantonen eingebracht wurden, waren relativ happig. Das betraf die Unionsbürgerrichtlinie, die staatlichen Beihilfen, welche die Kantonalbanken und die Gebäudeversicherung infrage gestellt hätten, und natürlich auch die Rechtsübernahme beziehungsweise die Streitschlichtung. Der Bundesrat betont jedes Mal in diesem Dialog, dass eine neue Lösung nur mit den Kantonen gemacht werden kann, weil die Kantone dann in einer allfälligen Volksabstimmung auch mithelfen würden, die Abstimmung durchzubringen. Die Gespräche finden intensiv statt. Der Präsident der KdK hat sich beispielsweise mehrmals mit den Ministerpräsidenten der Nachbarsbundesländer getroffen, um auch dort zu lobbyieren. Unser Ausschuss hat letzte Woche die drei Botschafterinnen und Botschafter der Benelux-Staaten zu Gast gehabt, um von ihnen zu hören, wo die Verhandlungsmasse ist, um das Gefühl zu bekommen, wo ein Kompromiss möglich wäre. Die Kantone bringen sich sehr gut ein. Die KdK pflegt das Europadossier absolut prioritär. Ich kann Ihnen versichern, dass die Kantone auf den Bundesrat dahingehend Druck machen, dass es Lösungen braucht, um ein ordentliches und geordnetes Verhältnis zur EU zu garantieren. Die Regierung sieht keinen Handlungsbedarf, noch etwas Zusätzliches zu machen. Wir können und dürfen nicht über alle laufenden Gespräche informieren. Es wird aber in verschiedenen Arbeitsgruppen versucht, Lösungen zu finden. Die Knackpunkte sind bekannt. Man soll dann informieren, wenn man einen konstruktiven, machbaren und politisch vertretbaren Lösungsansatz findet. Diesen hat man bis jetzt noch nicht gefunden, wir werden aber hören, wenn das geschieht. Ich bitte Sie um Kenntnisnahme dieser Situation und des Engagements der Kantone. Es braucht kein weiteres Instrument.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 78 zu 13 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung lehnt der Rat das Postulat mit 56 zu 36 Stimmen ab.